

Der Klimagipfel von Doha

2009 scheiterte die Klimakonferenz von Kopenhagen darin, eine Fortsetzung des Kyoto-Protokolls zu vereinbaren. 2011 beschlossen die EU und andere Kyoto-Staaten in Durban eine zweite Phase des Kyoto-Protokolls ab 2013. China, die USA und weitere Staaten wollten bis 2015 bei einem globalen Klimaabkommen mitmachen, das feste Reduktionsziele ab 2020 enthält.

Jetzt fand die Klimakonferenz in Katars Hauptstadt Doha stand. Nur mit viel Druck der Konferenzleitung wurde überhaupt eine Fortsetzung des Kyoto-Protokolls durchgesetzt. Dem Vertrag aus dem Jahre 1997 sind mit Russland, Kanada und Japan weitere Unterstützer abhanden gekommen. Der Anteil der Kyoto-Staaten ist stark geschrumpft. Als er beschlossen wurde, entfiel mehr als die Hälfte der weltweiten Treibhausgas-Emissionen auf die Mitgliedsstaaten. Nach dem Ausstieg von Russland, Kanada und Japan unterstützen nur noch die EU, Australien, die Schweiz und Norwegen das Klimarahmenabkommen. Diese decken 15 Prozent der globalen Emissionen ab. In China und Indien, in den USA und in Brasilien und in allen Industriestaaten ist das Wirtschaftswachstum immer noch wichtiger als der Klimaschutz.

Die EU strebt weiterhin nur eine Verringerung der Emissionen um nur 20% an, da Polen eine Verringerung um 30% blockiert.

So reiht sich eine Klimakonferenz an die nächste, ohne daß greifbare Ergebnisse erzielt werden. Das 2-Grad-Ziel der globalen Temperaturänderung gegenüber dem vorindustriellen Niveau ist wohl nicht mehr erreichbar. Die Weltbank errechnete, daß die Erderwärmung auf mehr als 4 Grad Celsius hinauslaufen wird, wenn erst ab 2020 die CO₂-Emissionen gesenkt werden. Die Unternehmensberatung PWC errechnete eine Erderwärmung um 6 Grad Celsius in diesem Jahrhundert. Eine Bundeswehrstudie geht sogar von einer Erwärmung um 9 Grad aus.

Während in den G7-Ländern die absolute Höhe der CO₂-Emissionen 2011 um 2% sank, stieg sie in den sieben wichtigsten Schwellenländern E7 um 7,4%. So legten in China die CO₂-Emissionen um 9,4% zu, die CO₂-Intensität nahm um 0,2% zu.

Die Meteorologische Weltorganisation in Genf. Es stellt fest, dass der Spiegel von CO₂ in der Atmosphäre im Jahr 2011 auf 391 ppm (Teilchen pro Million Gasmoleküle) gestiegen ist. Vor Beginn der Industrialisierung lag dieser Wert bei 280 ppm. Vermutlich ist der Ausstoß des Gases im Jahr 2011 wieder um gut 3% gewachsen, zeigten bereits im Mai Zahlen der Internationalen Energieagentur. Die CO₂-Emissionen sind mittlerweile 58 Prozent höher als im Jahr 1990.

Hans Joachim Schellnhuber, Direktor des PIK: „Wenn wir uns weit über die Zwei-Grad-Linie hinauswagen, also in Richtung vier Grad, laufen wir Gefahr, Kipp-Punkte im Erdsystem zu überschreiten.“

2012 endet das erste Kyoto-Protokolls. Damit droht der internationale Emissionshandel und der Clean Development Mechanism (CDM), ein Instrument der projektbezogenen Klimaschutzkooperation zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, zusammenzubrechen. Eine Lücke zwischen der ersten und zweiten Verpflichtungsperiode würde den Marktpreis von Emissionszertifikaten, der ohnehin durch die Wirtschafts- und Finanzkrisen der Welt angeschlagen ist, vollständig in den Keller bringen.

Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) ermahnte Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP), sich den Vorschlägen von EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard nicht zu verweigern. Sie will wegen des Preisverfalls bei CO₂-Verschmutzungsrechten 900 Millionen Zertifikate vorübergehend vom Markt zurückhalten, um den Preis wieder zu

steigern und so Anreize zu schaffen, das Klima stärker zu schützen. Rösler blieb bei seinem Nein. Damit könnte der Plan an der deutschen Uneinigkeit scheitern.

In der Frage der Übertragbarkeit von Emissionsrechten auf einen neuen Klimaschutzvertrag streiten vor allem die Ukraine, Weißrussland, Russland und Polen um möglichst hohe Übertragbarkeitsquoten, während die Befürworter eines integrierten Klimaschutzes, wie die Schweiz, Korea und die am stärksten durch den Klimawandel betroffenen Südseeinselstaaten (AOSIS), für geringe Quoten eintreten. Überschüssige Emissionsrechte noch aus Zeit des Zusammenbruchs der Sowjetunion haben ihnen "heiße Luft" verschafft, das heißt Emissionsrechte, denen keine wirksamen Klimaschutzmaßnahmen gegenüberstehen.

“Wenn es nicht gelingt, diese Altlasten endlich zu entsorgen und alte Fehler auszumerzen, ist auch die zweite Phase des Kyoto-Protokolls von Beginn an nur ein Papiertiger.“ sagt Regine Günther, Leiterin Klima und Energiepolitik der Umweltstiftung WWF Deutschland.

Einige Länder haben ärmeren Staaten kurzfristig Geld für den Einsatz klimafreundlicher Energien und die Anpassung an den Klimawandel zugesagt. Dazu zählen Deutschland mit jeweils 1,8 Milliarden Euro für 2013 und 2014 und Großbritannien mit insgesamt 2,2 Milliarden Euro. Unklar blieb, wie der Gesamtbetrag auf 100 Milliarden Dollar (77 Milliarden Euro) gesteigert werden soll, die ab 2020 jährlich versprochen sind. Ein Teil des dafür benötigten Geldes muss aus der Bepreisung der Flug- und Schiffsemissionen kommen. Denn diese verursachen zehn Prozent der weltweiten Treibhausgase jährlich.

Wichtige Auswege sind der Ausbau des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung, der in Deutschland bereits etwa 25% ausmacht. Die Energieeffizienz muß schneller gesteigert werden. Eine Einsparung von 40% CO₂ im Bereich der Wärmeversorgung und auch im Bereich der Mobilität ist erreichbar.

Derzeit opponiert vor allem Polen gegen schärfere Klimaziele in Europa. Polen bezieht mehr als 90 Prozent seiner Energie aus Kohlekraftwerken. Das osteuropäische Land sperrt sich dagegen, dass die EU ihre Klimaschutzziele hochschraubt und den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 30% statt um 20% reduziert.

Bis vor kurzem waren die USA der weltgrößte Klimasünder. Von China eingeholt wurden sie 2006. Doch in 2011, also gerade mal fünf Jahre später, war Chinas Treibhausgas-Ausstoß bereits mehr als zwei Drittel höher. China ist heute für rund 28% der globalen Emissionen verantwortlich, also für mehr als ein Viertel. Die USA kommen nur auf 16%. Inzwischen haben die Chinesen sogar einen Pro-Kopf-Ausstoß, der schon fast so hoch ist wie der in der Europäischen Union. Chinas CO₂-Ausstoß stieg zuletzt genauso stark wie sein Wirtschaftswachstum, um rund 10% pro Jahr. In den USA gehen die Emissionen dagegen leicht zurück, wegen der Gasförderung mit Fracking.